

gepflegt, an der sie sich wärmen wollen, auch wenn sie mit der Realität wenig zu tun hat.

Eigentlich wäre es Gabriels Aufgabe, die Lücke zu schließen und dem Kandidaten jene „Beinfreiheit“ zu verschaffen, die er bei seinem Start eingefordert hat. Doch der Parteichef denkt gar nicht daran. Im Gegenteil. Stück für Stück verschiebt er das Koordinatensystem der SPD nach links, und der Kandidat muss folgen, auch wenn der alte Steinbrück dabei kaum noch wiederzuerkennen ist.

Bestes Beispiel ist das neue Rentenkonzept. Kaum war Steinbrück als Kanzlerkandidat präsentiert, gab Parteichef Gabriel dem Wunsch der SPD-Linken nach milliardenschweren Korrekturen bei der Alterssicherung nach. Der stellenweise Abschied von der Rente mit 67 gehörte genauso dazu wie teure Verbesserungen für Geringverdiener, Ostsenioren und Invalidenrentner.

Früher hätte Steinbrück einen solchen Katalog als Wolkenkuckucksheim gebrandmarkt. Heute lobt er die Pläne brav als „neues, schlüssiges Konzept“.

Im Streit um die Vermögensteuer musste Steinbrück ebenfalls zurückstecken. Er bewarb lange das grüne Modell einer Vermögensabgabe, mit der Unternehmen weniger belastet werden sollten, und stoppte sogar eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Steuer. Als die Partei für das sozialdemokratische Prestigeprojekt auf die Barrikaden ging, bekannte sich schließlich auch Steinbrück zur ungeliebten Vermögenssteuer.

Besonders einstige Widersacher sind begeistert, wie viele Forderungen sie bisher durchsetzen konnten: „Wir sind zufrieden“, lobt der Chef der Parteilinken im SPD-Vorstand, Ralf Stegner, „und wollen weiter inhaltlich Einfluss nehmen.“

* Am vergangenen Freitag auf der Grünen Woche in Berlin.

In der Vorstandsklausur an diesem Sonntag und Montag in Potsdam wird dieselbe Melodie zu hören sein. Die SPD setzt Themen, die nicht zu Steinbrücks Portfolio gehören. In einer vorläufigen Beschlussvorlage spricht sich die Partei für ein höheres Bafög aus, sie sieht einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses vor und verlangt eine nationale Weiterbildungsoffensive.

Obendrein wiederholt das Papier die Forderung nach einem Ende des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik. Im Klartext: Der Bund soll wieder die Erlaubnis bekommen, auch Bildungsinvestitionen in den Ländern zu finanzieren.

Acht Monate vor der Bundestagswahl steckt die Partei im Dilemma. Ihre Wahlchancen sind größer denn je, aber sie hat einen Kandidaten, der nicht zu ihrem Programm passt und in Beliebtheitsmessungen fast 30 Prozentpunkte hinter der Amtsinhaberin liegt.

Wie sehr sich Steinbrück in der Defensive fühlt, zeigt seine Stippvisite auf der Grünen Woche. Auf der Pressekonferenz, die er am Ende gibt, sitzt er neben Till Backhaus, dem Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern. Es geht um Massentierhaltung und den richtigen Umgang mit eiweißhaltigen Pflanzen. Keine Kanzler-Themen. Am Schluss stellt doch noch ein Journalist eine bundespolitische Frage. Was denn Steinbrück von den Sparplänen des Bundesfinanzministers halte.

Finanzen. Das wäre eigentlich ein Heimspiel für Steinbrück. Aber heute hat er keine Lust darauf. „Das ist doch eine Frage, die sich an die derzeitige Bundesregierung richtet und nicht an mich“, sagt er und macht sein Knurr Gesicht. Keine weiteren Fragen.

KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN,
HORAND KNAUP, GORDON REPINSKI,
MICHAEL SAUGA, MERLIND THEILE

PARTEIEN

Holzminden ist überall

Nach ihrem Siegeszug in den Städten machen die Grünen der Union jetzt auch auf dem Land die Wähler abspenstig.

Der Flecken Polle im Weserbergland ist ein heimeliger Ort. Jeden Sommer wird auf der sorgsam restaurierten Burgruine „Aschenputtel“ aufgeführt, Polle gilt schließlich als Heimat der Märchenfigur.

Doch die Idylle im Landkreis Holzminden ist gestört. Seit Jahren tobt hier ein Streit um einen riesigen Stall für 7500 Ziegen. 20 Kilometer weiter in Dielmissen soll eine Mastanlage für 80000 Hühner entstehen. Bürgerinitiativen kämpfen hier im südlichen Niedersachsen gegen den Ausbau großer Tierbetriebe, sie begreifen sie als Anschlag auf die ländliche Beschaulichkeit.

Ein Sieger des Protestes steht seit vorigem Sonntag fest: Christian Meyer, 38 Jahre alt, zieht mit einem stattlichen Ergebnis in den Landtag ein. Um 123 Prozent haben seine Grünen im Wahlkreis Holzminden zugelegt, im Örtchen Polle vervierfachen sie ihren Stimmenanteil sogar.

Mit dem Versprechen, die boomende niedersächsische Agrarindustrie einzudämmen, haben die Grünen im Wahlkampf offenbar einen Nerv getroffen. Sie versprechen, den Ausbau von Großmastereien zu erschweren, das Los der Tiere zu verbessern und den Einsatz von Antibiotika zu drosseln. „Wir brauchen mehr Tierschutz statt Wachstumsdoping“, forderte Meyer im Wahlkampf. Bisher ist er agrarpolitischer Sprecher. Jetzt wird er womöglich Landwirtschaftsminister der neuen rot-grünen Regierung. Die Lokalpresse nennt ihn „Bauernschreck“.

Meyer ficht das nicht an. „Wir sind nicht gegen Bauern, sondern gegen Massentierhaltung“, sagt er. Die Grünen hätten die Sorgen der Menschen aufgegriffen, die mit Agrarfabriken nichts zu tun haben wollten – und das sei die große Mehrheit.

Holzminden war bei dieser Landtagswahl beinahe überall. Die Grünen legten auch dort zu, wo sie bisher nur ein versprengter Haufen waren, und liegen jetzt nirgendwo unter sieben Prozent. Demoskopen bescheinigen ihnen in Niedersachsen erstmals, dass sie als genauso kompetent in Agrarfragen gelten wie die alte Bauernpartei CDU.

Die CDU sieht den Sturm der Grünen auf ihre alten Pfründe mit wachsender



SPD-Mann Steinbrück*: Der Kandidat muss sich einordnen



WINFRIED ROTHERMEL / DAPD

Grüner Minister Bonde: So kompetent in Agrarfragen wie die alte Bauernpartei CDU

Sorge. Bisher machten die Ökos der Volkspartei vor allem die bürgerlichen Milieus in den Großstädten streitig. Jetzt verlagert sich die Auseinandersetzung in Regionen, in denen die CDU bisher keine natürlichen Feinde hatte. Selbst in den CDU-Trutzburgen im Emsland sind schwere Verluste zu verzeichnen. In Cloppenburg verlor die Partei beinahe zweistellig.

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich bescheinigt seiner Partei Nachholbedarf. „Die Grünen haben den Drang zu Regionalisierung bei Lebensmitteln schneller erkannt. Vor allem bei Großbetrieben zeigt sich inzwischen der Widerstand der Menschen“, sagt der CDU-Politiker. „Das hat auch den Wahlausgang in den ländlichen Gebieten in Niedersachsen beeinflusst.“

Die Grünen haben die Provinz als Wachstumsmarkt entdeckt. Zudem suchen sie dringend nach Ersatz für das Auslaufthema Atomkraft – auf dem Land könnten sie fündig werden.

Im September vergangenen Jahres besuchte der gesamte Bundesvorstand der Grünen das Örtchen Wietze bei Celle und nahm an einer „Mahnwache“ der lokalen Bürgerinitiative teil. Es ging um den Protest gegen den größten Schlachthof Europas, in dem 135 Millionen Tiere jährlich zu Fleisch verarbeitet werden können. „Das ist einer der schlimmsten Orte, die ich kenne“, berichtete Parteichefin Claudia Roth nachher. Es klang so, als hätte sie ein Kriegsgebiet besichtigt. Im Januar ist sie gleich noch mal nach Wietze gefahren.

Das Thema hat für Renate Künast einen besonderen Reiz: Viele hatten die ehemalige Agrarministerin abgeschrieben, nachdem sie vergebens als Regierende Bürgermeisterin von Berlin kandidiert hatte. Jetzt kann die 57-Jährige im Fall eines rot-grünen Wahlsiegs wieder auf ein Ministerium im Bund hoffen.

Künast spricht von „gesellschaftlicher Werteveränderung“, will sagen: Die länd-

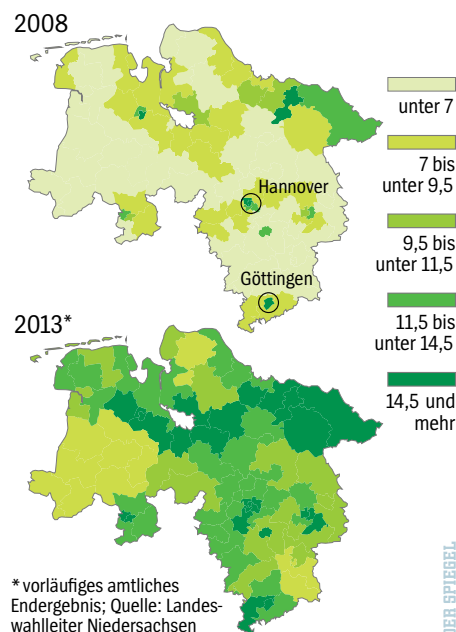
lichen Räume dienen nicht mehr vornehmlich der Nahrungsgrundlage, sondern sind der Ort, wo die Deutschen gut leben, die Natur genießen und Urlaub machen wollen – Landschaft statt Wirtschaft.

Daraus wollen die Grünen jetzt Kapital schlagen. „In Niedersachsen legen wir auf das Ressort gesteigerten Wert“, sagt Künast. „Schließlich haben wir das Thema erst so hochgezogen.“ Die Grünen würden dann in den Ländern fünf Bauernminister stellen, mehr als die CDU.

Alexander Bonde, 38, trägt Trachtenjanker und erzählt gern, wie er im Winter morgens mit der Schneefräse sein Haus oben im Schwarzwald freiräumen muss. Der dreifache Vater ist mit einer ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten verheiratet und seit bald zwei Jahren Minis-

Grüne Revolution

Ergebnisse der Grünen bei den niedersächsischen Landtagswahlen, in Prozent



ter für Ländlichen Raum in Baden-Württemberg.

Bonde glaubt, dass „die Erwartung der Menschen an den ländlichen Raum“ sich verändert habe: „Landwirtschaft muss zunehmend in Verbindung mit Naturschutz und Tourismus gesehen werden.“ Die Bauern macht der heimatverbundene Minister sich deshalb nicht zwingend zum Feind. Die Milchbauern im Schwarzwald etwa schätzen die Grünen, seit sie begriffen haben, dass sie hohe Milchpreise nur noch für Bioprodukte verlangen können.

Der grüne Kieler Landwirtschaftsminister Robert Habeck, 43, ging mal mit einem Jäger frühmorgens auf Pirsch, er hat im Stall Kühe gemolken, und kürzlich war er die ganze Nacht mit zwei Krabbenfischern auf See. Der ehemalige Schriftsteller nutzt seinen Ministerjob in Schleswig-Holstein als eine Art landwirtschaftliches Praktikum.

Habeck sieht die schleswig-holsteinische Provinz als wichtiges Experimentierfeld für seine Partei: „Wenn wir uns breiter aufstellen wollen als bisher im progressiv-linken Lager, steht der ländliche Raum offen.“ Auch Fraktionschefin Künast hält das Thema für ausbaufähig – in Rivalität zur CDU. „Das ist ein weiteres gesellschaftspolitisches Feld, dessen Tragweite die CDU nicht verstanden hat“, sagt sie.

Das ändert sich langsam. „Die Fragen der artgerechten Tierhaltung spielten im niedersächsischen Wahlkampf eine größere Rolle, als viele wahrgenommen haben“, hat Saarlunds Regierungschefin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) beobachtet. Nicht ohne Grund schlenderte Kanzlerin Angela Merkel dieses Jahr erstmals zur Eröffnung der Grünen Woche durch die Hallen der Agrarmesse.

Auch das CSU-geführte Bundeslandwirtschaftsministerium ist sensibilisiert. Zwar warnt Ministerin Ilse Aigner davor, die Großtierhaltung zu verteufeln. Andererseits versucht sie, den Grünen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie will das Baugesetzbuch so ändern, dass die Kommunen große Mastanlagen leichter verhindern können – gegen den Widerstand des Bauernverbands.

Am schnellsten reagierte Horst Seehofer auf die grüne Revolution. Der bayerische Ministerpräsident stoppte vergangene Woche nach jahrelanger Debatte die Pläne zum Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen. Die CSU hatte sich lange für den Ausbau stark gemacht, im Interesse der Wirtschaft. Aber als Seehofer Anfang Dezember per Schiff die Donau entlangereist war, erlebte er den Widerstand der Menschen gegen den Ausbau selbst. Im Wahlkampf gegen die Grünen setzt jetzt auch die CSU auf Landschaft statt Wirtschaft.

RALF BESTE, PETER MÜLLER